

Antrag 96/I/2020**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Vermögensabgabe für eine gerechtere Verteilung der Krisenlasten**

1 In Deutschland ist zur Bewältigung der aktuellen Wirt-
 2 schaftskrise eine einmalige Vermögensabgabe gemäß GG
 3 Art 106 (1) Absatz 5 zu erheben.

4
 5 Die Abgabe ist progressiv zu gestalten. Vermögen ober-
 6 halb eines Freibetrags von 500.000 Euro sollten mit ei-
 7 ner Abgabe von 2,5 Prozent belegt werden. Besonders gro-
 8 ße Vermögen oberhalb von 25 Millionen Euro sollten ein-
 9 malig 10 Prozent leisten, Zwischenwerte sind linear zu
 10 interpolieren. Zum Wohnen selbstgenutzte Immobilien
 11 (Hauptwohnsitz) sind von der Vermögensabgabe ausge-
 12 nommen.

13
 14 Zum Schutz des Mittelstands ist vorzusehen, dass optio-
 15 nal auch Firmenanteile als Teil der Abgabe an den Staat
 16 übertragen werden können, um zu vermeiden, dass klei-
 17 nere Unternehmen zum Begleichen der Vermögensabga-
 18 be veräußert werden müssen.

19
 20 **Begründung**
 21 Die Vermögensabgabe soll die reichsten zehn Prozent der
 22 Bevölkerung angemessen an den Lasten der aktuellen Kri-
 23 se beteiligen. Im Moment ist das nicht so: Die aktuelle
 24 Krise belastet vor allem die Schwächsten der Gesellschaft
 25 enorm: Alleinerziehende Frauen, prekär Beschäftigte, Kin-
 26 der aus einkommensschwachen Haushalten, MigrantIn-
 27 nen, Kulturschaffende. Finanzielle Soforthilfen sind unge-
 28 mein wichtig, um akutes Leid zu mildern und viele Men-
 29 schen vor einem Abrutschen in tiefste Armut und Woh-
 30 nungslosigkeit zu schützen. Das kostet viele Milliarden Eu-
 31 ro, aber bei einer Finanzierung durch Staatsschulden müs-
 32 sen diese Milliarden im aktuellen Steuersystem und bei
 33 der extrem ungleichen Vermögensverteilung wieder von
 34 denen zurückgezahlt werden, die am unteren Rand der
 35 Einkommens- und Vermögensverteilung stehen. Demge-
 36 genüber werden Bezieher von Kapitalerträgen proportio-
 37 nal kaum belastet oder können sogar zu Krisengewinnern
 38 werden. Das darf die SPD als soziale Partei nicht zulassen.

39
 40 Die Steuerbelastungen der deutschen Topverdiener ist
 41 durch Steuersenkungen der vergangenen 20 Jahre spür-
 42 bar gesunken. Einkommen- und Unternehmenssteuern
 43 machen nur etwa die Hälfte des gesamten Steuerauf-
 44 kommens aus. Die andere Hälfte entfällt auf die indirek-
 45 ten Steuern, die in den vergangenen Jahren gestiegen
 46 sind und die ärmeren Bevölkerungsschichten relativ gese-
 47 hen stärker belasten. Die gesamte Steuerlastverteilung ist

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

In Deutschland ist zur Bewältigung der aktuellen Wirt-
 schaftskrise eine einmalige Vermögensabgabe gemäß GG
 Art 106 (1) Absatz 5 zu erheben.

Die Abgabe ist progressiv zu gestalten. Vermögen ober-
 halb eines Freibetrags von 1.000.000 Euro sollten mit ei-
 ner Abgabe von 5 Prozent belegt werden. Besonders gro-
 ße Vermögen oberhalb von 25 Millionen Euro sollten ein-
 malig mindestens **15 Prozent** leisten, Zwischenwerte sind
 linear zu

interpolieren. Zum Wohnen selbstgenutzte Immobilien
 (Hauptwohnsitz) sind von der Vermögensabgabe ausge-
 nommen. **Zudem sollten pandemiebedingte Vermögens-
 schäden der Abgabepflichtigen von der Abgabeschuld ab-
 gezogen werden können.**

Zum Schutz des Mittelstands ist vorzusehen, dass optio-
 nal auch Firmenanteile als Teil der Abgabe an den Staat
 übertragen werden können *oder die Zahlung auf bis zu 15
 Jahre gestreckt werden kann* um zu vermeiden, dass klei-
 nere Unternehmen zum Begleichen der Vermögensabga-
 be veräußert werden müssen.

48 nur noch schwach progressiv, sie ist nicht imstande, ein
49 schnelles Anwachsen der großen und größten Vermögen
50 aufzuhalten. Einer der Initiatoren der Gruppe „Vermögen-
51 de für eine Vermögenssteuer“, Dieter Lemkuhl, beschreibt
52 die bisherige ungerechte Umverteilung plastisch: Inner-
53 halb von sieben Jahren sei sein Grundeinkommen als Arzt
54 “konstant” geblieben, sogar “leicht gesunken”. Hingegen
55 habe sich sein Einkommen aus Kapital und sonstigem Ver-
56 mögen im gleichen Zeitraum verdoppelt, das zu versteu-
57 ernde Einkommen um ein Drittel verringert, die zu zahlen-
58 den Steuern insgesamt sogar halbiert.

59

60 Die großen ärmeren Bevölkerungsschichten profitieren in
61 diesem Prozess weder von der absoluten Zunahme der
62 Vermögen in Deutschland noch haben sie Anteil am all-
63 gemeinen Wirtschaftswachstum. Die Zunahme der Un-
64 gleichheit bedeutet eine immer stärkere Konzentration
65 der Vermögen. Die reichsten 10 Prozent werden immer rei-
66 cher im Verhältnis zu den anderen 90 Prozent, aber auch
67 das reichste ein Prozent lässt die anderen neun Prozent zu-
68 nehmend zurück.

69 Das reichste Tausendstel profitiert sogar am meisten von
70 der Umverteilung.

71

72 Eine aktuelle Schätzung zeigt, wie extrem ungleich die
73 Vermögen in Deutschland schon verteilt sind:

74

75 In Deutschland besitzen somit ca. 83.000 Menschen ein
76 Fünftel des gesamten Vermögens, jeder davon durch-
77 schnittlich ca. 31 Millionen Euro, zusammen 2,6 Billionen
78 Euro. Weitere 750.000 Menschen haben ein durchschnitt-
79 liches Vermögen von über 5 Millionen Euro, zusammen ha-
80 ben sie ein Vermögen von weiteren 1,9 Billionen Euro. Die
81 reichsten zehn Prozent besitzen zusammen sogar mehr
82 als zwei Drittel aller Vermögenswerte in Deutschland –
83 insgesamt geschätzt 8,6 Billionen Euro! Wenn die betref-
84 fenden Vermögen zutreffend erfasst werden, würden mit
85 der Abgabe ca. 450 Milliarden Euro eingenommen, die zur
86 Krisenbewältigung bereitstehen.

87

88 Eine Vermögensabgabe hat auch den großen Vorteil, dass
89 große Vermögen wieder erfasst werden. Nach einem Ver-
90 fassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 1995 wurde die Erhe-
91 bung der Vermögenssteuer ab dem Steuerjahr 1997 ausge-
92 setzt, und damit auch die Erfassung. Steueroasen helfen
93 zusätzlich, Vermögen zu verstecken. Auch die Zahlen de
94 DIW beruhen nur auf Schätzungen.

95

96 Für eine Vermögensabgabe gibt es schon heute Mehr-
97 heiten in der Bevölkerung. Unsere Vorsitzende Saskia Es-
98 ken hat zur Bewältigung der finanziellen Belastungen der
99 Corona-Krise eine einmalige Vermögensabgabe ins Spiel
100 gebracht. “Wir werden eine faire Lastenverteilung brau-

101 chen - und die kann für die SPD nur so aussehen, dass sich
102 die starken Schultern in Deutschland auch stark beteili-
103 gen. Ich halte eine einmalige Vermögensabgabe für eine
104 der Möglichkeiten, die Staatsfinanzen nach der Krise wie-
105 der in Ordnung zu bringen.”

106

107 Auch Wohlhabende in Deutschland sprechen sich mit gro-
108 ßer Mehrheit für eine Vermögenssteuer aus. Nach einer
109 YouGov-Umfrage, aus der das „Handelsblatt“ zitiert, sind
110 mehr als drei Viertel der Wohlhabenden dafür. Jeder zwei-
111 te Vermögende mit mindestens 100.000 Euro auf dem
112 Konto findet zudem, er werde steuerlich „eher geschont“.
113 Unter Konrad Adenauer wurde in Deutschland 1952 eine
114 Vermögensabgabe eingeführt und bis 1976 erhoben. Da-
115 mit wurden Kriegsfolgekosten einem Lastenausgleich zu-
116 geführt. Die Abgabe hatte hohen Freibeträge, betrug je-
117 doch 50 Prozent.

118

119 Ein Freibetrag von 500.000 Euro liegt weit über dem,
120 was bei Hartz-4-Bezug oder Sozialhilfebezug zugestan-
121 den wird. Das Schonvermögen bei Hartz-4-Bezug hängt
122 mit dem Alter des Leistungsempfängers zusammen. Für
123 40 – Jährige liegt es bei ca. 45.000 Euro, für 65-Jährige bei
124 ca. 65.000 Euro. Das Schonvermögen bei Sozialhilfebezug
125 beträgt maximal nur 5.000 Euro.